Wird aus Laberweinting jetzt Laberwinding?

"Laberweinting trotzt dem Wind — Bürgermeister will offenbar das 'grüne' Licht sehen"

Laberweinting (Ndb.) — Während sich ganz Niederbayern einig ist wie selten zuvor — Windräder? Um Himmels willen, bloß nicht! — sorgt eine kleine Gemeinde für Aufsehen. Laberweinting, sonst eher bekannt für solide Straßenfeste und zuverlässig konservative Wahlzettel, will plötzlich Windräder. Ja, richtig gehört. Windräder!

Ein politischer Sturm zieht auf: Bürgermeister Hans Grün scheint vom Wind beseelt. "Wir müssen den Klimawandel ernst nehmen", soll er auf der letzten Gemeinderatssitzung gesagt haben. Die anwesenden CSU-Stammtischstrategen reagierten entsetzt – man munkelt, einer habe sich vor Schreck an der Weißwurst verschluckt.

Grün durch die Hintertür?

Insider vermuten, der Bürgermeister wolle nicht nur frischen Wind in die Landschaft, sondern auch in die Parteipolitik bringen. "Wenn der so weitermacht, sitzt der bald mit'm Dinkelbrot bei den Grünen!", heißt es im Wirtshaus.

Doch andere deuten seine Beweggründe anders. "Des is a Ablenkungsmanöver", meint ein skeptischer Bürger. "Der will nur die Windräder, damit keiner merkt, dass's WLAN im Rathaus immer noch nicht geht."

Ökostrom oder Ökokrise?

Während sich Nachbargemeinden wie Mallersdorf, Ergoldsbach und Geiselhöring gegenseitig überbieten im "Wer sagt schneller Nein"-Wettbewerb, schwingt in Laberweinting das Motto "Lieber Wind im Haar als Kohle im Keller".

Kritiker befürchten jedoch, dass der geplante Windpark bald zu "Laberwindting" umgetauft wird — weil dort mehr Wind gemacht als genutzt wird.

Parteigrün steht ihm gut

Gerüchten zufolge ließ sich der Bürgermeister bereits bei einer Parteiveranstaltung der Grünen blicken – angeblich nur, "um den Stromverbrauch vom Beamer zu prüfen". Sein Umfeld versichert: "Er wechselt nicht die Partei, er probiert nur die Farbe."

Und so bleibt Niederbayern gespannt: Wird Laberweinting die erste "grüne Oase" zwischen Maisfeld und Maibaum? Oder bläst der nächste politische Wind alles wieder weg?

Eines ist sicher: Wo sonst nur der Föhn weht, zieht jetzt ein Sturm der Entrüstung auf — und irgendwo in München reibt sich Habeck die Hände.





Wenn Müll zertifiziert ist, ist es kein Müll mehr!

Ernüchternde Nachricht für Natur- und Waldliebhaber: Fremdkörper in Waldwegen sorgen für Diskussionen

Oberhaselbach/Mengkofen — Mit großer Erwartung hatten viele Naturfreunde die Erneuerung der Waldwege rund um Oberhaselbach und Mengkofen verfolgt. Doch die anfängliche Freude über frisch ausgebaute Wege ist einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Grund dafür ist das Material, das beim Ausbau zum Einsatz kam: Bruchmaterial aus einem Abriss, in dem sich nicht nur Schotter, sondern auch Plastikstücke, Metallreste und Glassplitter finden lassen.

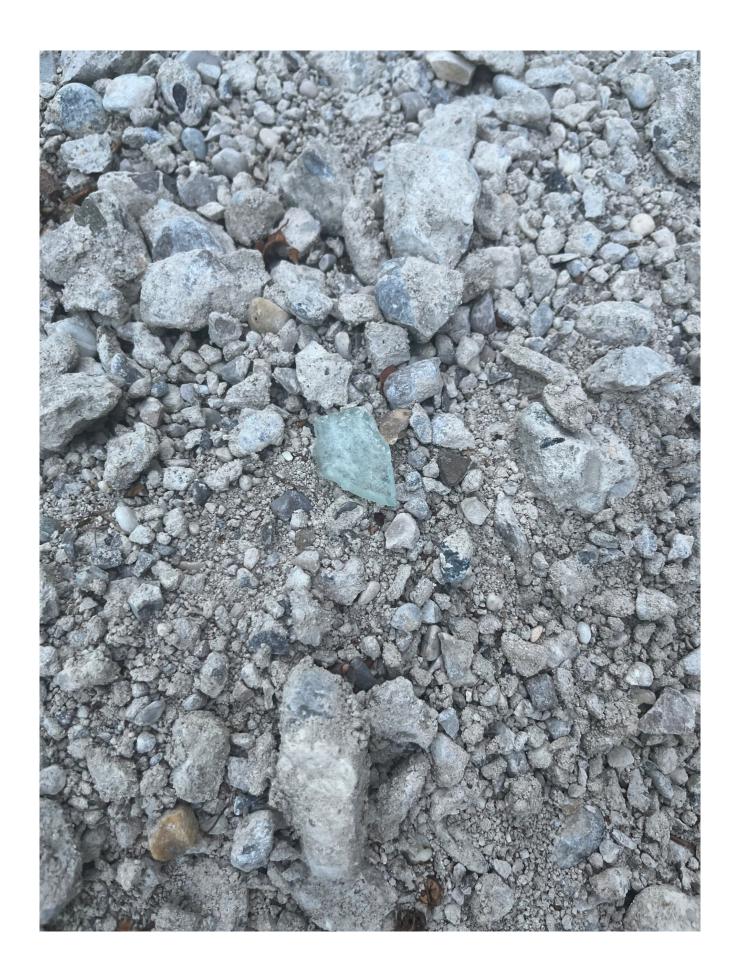
Die Bürgerinitiative, die die Arbeiten von Beginn an kritisch begleitete, schlug früh Alarm. "Man sieht mit bloßem Auge, dass hier kein reiner Schotter eingebracht wurde", sagt ein Sprecher. Tatsächlich berichteten Spaziergänger von sichtbaren Plastik- und Styroporresten zwischen den Steinen.

Über Wochen hinweg prüfte daraufhin das Landratsamt zusammen mit weiteren Behörden die Zertifikate des Materials sowie die ausgeführten Arbeiten vor Ort. Das Ergebnis dürfte viele überraschen: Ein Handlungsbedarf sei nicht gegeben, so das Fazit.

Der Grund: Laut den geltenden Vorschriften sind Fremdstoffe in einem Anteil von bis zu 0,2 Prozent im Schotter zulässig. Ein Mitarbeiter des Landratsamtes erklärte: "Durch die gesetzlich vorgesehene Überprüfung und Zertifizierung wird aus Bauabfall ein ressourcenschonendes Recyclingmaterial. Auch wenn es Anteile von Plastik oder Styropor enthält, darf es in Waldwegen eingesetzt werden."

Für die Kritiker ist dies jedoch ein fatales Signal. Sie befürchten langfristige Folgen für Natur, Boden und Tiere. "Wir reden ständig über Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Aber gleichzeitig erlauben wir, dass Plastik und andere Fremdkörper in unseren Wäldern landen – offiziell abgesegnet durch Behörden", kommentiert die Bürgerinitiative.

Während die Behörden auf die Einhaltung bestehender Vorschriften verweisen, bleibt bei vielen Waldliebhabern das Gefühl zurück, dass hier zwar nach Recht und Gesetz gehandelt wurde – aber nicht im Sinne der Natur.





Bürgerinitiative ProNatur ruft zur Teilnahme auf: Entscheidung über Windvorrangflächen steht bevor



Planungsausschuss des Landkreises Straubing-Bogen zu einer richtungsweisenden Sitzung im Landratsamt Straubing zusammen. Im Mittelpunkt steht ein Thema, das in den letzten Monaten für hitzige Debatten und wachsenden Unmut in der Bevölkerung gesorgt hat: die Festlegung von Windvorrangflächen im Landkreis.

Die Sitzung könnte endgültig über die Flächen entscheiden, auf denen künftig Windkraftanlagen errichtet werden dürfen — ein Schritt, der aus Sicht der Bürgerinitiative ProNatur tiefgreifende Folgen für Landschaft, Natur und Lebensqualität im ländlichen Raum hätte. Aus diesem Grund ruft die Initiative alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auf, zahlreich an der Sitzung teilzunehmen, um ein klares Zeichen gegen den Bau von Windrädern im Landkreis zu setzen.

"Wir sind nicht gegen erneuerbare Energien — aber wir sind gegen eine ideologisch getriebene Windkraftplanung, die ohne Rücksicht auf Mensch, Natur und Heimat durchgedrückt werden soll", erklärt ein Sprecher von ProNatur. "Es geht um den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft, um Artenschutz, um den Schutz vor gesundheitlichen Risiken durch Infraschall und um die Frage, ob Bürgerinteressen überhaupt noch Gehör finden."

Entscheidung hinter verschlossenen Türen?

Viele Mitglieder der Bürgerinitiative kritisieren, dass die Planung weitgehend ohne transparente Bürgerbeteiligung erfolgt sei. Zahlreiche Eingaben, Einwände und kritische Stimmen aus der Bevölkerung seien zwar entgegengenommen, aber bislang nicht ernsthaft berücksichtigt worden.

Auch rechtliche und ökologische Bedenken — etwa der Schutz von Vogelarten, die Nähe zu Wohngebieten oder die Frage der Wirtschaftlichkeit — seien untergeordnet behandelt worden, so ProNatur. Nun steht die Sorge im Raum, dass der Ausschuss die Flächen trotz breiter Ablehnung in der Bevölkerung festlegen

könnte.

"Wir müssen sichtbar sein — für die Entscheidungsträger im Ausschuss und für die Öffentlichkeit. Nur wenn viele Menschen Gesicht zeigen, kann verhindert werden, dass unser Landkreis zur Industriezone für Windkraft wird", so der Appell der Initiative.

Hintergrund

Im Zuge der nationalen Energiewende und der Klimaziele sollen auch im Landkreis Straubing-Bogen sogenannte Windvorrangflächen ausgewiesen werden — also Gebiete, in denen Windenergie bevorzugt und vorrangig ausgebaut werden soll. Kritiker befürchten, dass es zu einer Zerstückelung der Landschaft, einer Gefährdung von Tierarten sowie zu einer Entwertung von Immobilien kommen könnte. Auch der fehlende/schwache Wind in manchen Gebieten und die unkalkulierbaren Auswirkungen auf Mensch und Natur sind Gegenstand intensiver Diskussionen.

Fakten zur Sitzung

- Wann: Donnerstag, 10. Juli 2025, 9:00 Uhr
- Wo: Landratsamt Straubing, Sitzungssaal
- Thema: Entscheidung über Windvorrangflächen im Landkreis Straubing-Bogen
- Aufruf: Teilnahme aller interessierten Bürgerinnen und Bürger zur öffentlichen Sitzung und zum friedlichen Protest